



Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen GmbH

## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
23.04.2025 tagesspiegel.de: Ein Problem, das sich erst in 1.000.000 Jahren löst	4
24.04.2025 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung: Die geheimen Hallen von Lubmin	6
24.04.2025 Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide: „Zeithorizont von 100 plus x Jahren“	8
23.04.2025 AG Schacht Konrad: Forderungspapier zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle	9
23.04.2025 Gotha-Aktuell: BASE-Info-Mobil zur Endlagersuche macht Station beim Thüringen-Tag in Gotha	9
21.04.2025 umweltfairaendern.de: UPDATE: Verlängerte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle: Atommüllkonferenz stellt Forderungspapier vor	9

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Die lange Suche nach dem Atomendlager

## Ein Problem, das sich erst in 1.000.000 Jahren löst

Union und SPD wollen nicht zurück zur Atomkraft, die Suche nach einem Endlager wird für sie trotzdem zum Problem. Um Zeit zu sparen, könnten Beteiligungsverfahren verkürzt werden.

Im Südosten Brandenburgs und dem Norden von Sachsen konnten viele Menschen im vergangenen November aufatmen. Als „ungeeignet“ habe sich das Gebiet Oberkreide Ost herausgestellt, hieß es damals in einem Zwischenbericht der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE). Hier, oder auch unter der Ostseeinsel Rügen, wird das deutsche Atomendlager mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktivem Müll also nicht entstehen.

Deutschlands Problem aber bleibt. Ziemlich genau drei Jahre nach dem Atomausstieg, an dem auch eine schwarz-rote Regierung nicht mehr rütteln will, wird weiter ein Endlager gesucht. Eine Mammutaufgabe, denn der Müll von 67 Jahren Atomwirtschaft muss für eine Million Jahre sicher verwahrt werden. Gesucht wird eine ideale Lagerstätte aus Ton, Salz oder Kristallin.

Im Standortauswahlgesetz, das der Bundestag 2017 nach dem Fiasko um das Endlager in einem Salzstock von Gorleben verabschiedet hatte, heißt es, dass die Auswahl eines Standorts bis 2031 angestrebt werde. Doch dieses Datum ist längst vom Tisch.

44

Prozent der Bundesfläche kommen momentan noch für ein Endlager infrage.

„Es war von Anfang an unrealistisch, dass 2031 der Standort bestimmt werden kann“, sagt Dagmar Dehmer vom BGE. Allein die erste Phase der Erkundung, bei der momentan noch rund 44 Prozent der Landesfläche untersucht werden und die dann auf rund zehn Regionen reduziert werden soll, wird

wohl bis Ende 2027 dauern. Ohne Änderungen am Standortauswahlgesetz dürften die Erkundungen für die weiteren Phasen wohl noch Jahrzehnte andauern.

Ein Endlager erst gegen Ende dieses Jahrhunderts zu finden, ist aus meiner Sicht nicht vermittelbar.

SPD-Politiker Jakob Blankenburg fordert mehr Tempo bei der Endlagersuche.

Zu diesem Ergebnis war im vergangenen Jahr bereits ein Gutachten des Freiburger Öko-Instituts gekommen, das vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Auftrag gegeben worden war. Demnach könnte die dreistufige Suchphase nach dem wissenschaftlich besten Ort für ein Endlager inklusive umfangreicher Beteiligungsverfahren und Klagemöglichkeiten noch bis 2074 dauern. Mit Planung, Genehmigung und Bau droht ein Endlager in diesem Jahrhundert in weite Ferne zu rücken.

Der Ärger über das Gutachten war groß – und hält auch unter den künftigen Koalitionären an: „Ein Endlager erst gegen Ende dieses Jahrhunderts zu finden, ist aus meiner Sicht nicht vermittelbar“, sagt der SPD-Politiker Jakob Blankenburg dem Tagesspiegel. Auch die umweltpolitische Sprecherin der Union, Anja Weisgerber, sagt: „Die Entscheidung darüber, welche Gebiete sich für ein Endlager eignen, darf nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Damit rennt die Politik bei der bundeseigenen BGE offene Türen ein. Dort hat man erst vor wenigen Wochen Vorschläge vorgelegt, wie die Suche beschleunigt werden könnte. „Wir wünschen uns, dass die Beschleunigungspotenziale, die beim Ausbau der Erneuerbaren gehoben wurden, auch bei der Endlagersuche gelten“, sagt Dagmar Dehmer.

### Die Phasen II und III könnten zusammengelegt werden

Tatsächlich droht den Wissenschaftlern der BGE in Phase II und Phase III, bei der rund zehn Standorte erst ober- und dann untertägig genauer erkundet werden sollen, ein Kampf mit der Bürokratie. Vor allem die Nutzungs- und Betretungsrechte von Grundstücken und die Genehmigung von Bohrungen könnten viel Zeit kosten.

Zudem sind umfangreiche Beteiligungsprozesse und Klagemöglichkeiten vorgesehen. „Aus fachlicher Sicht ist es absolut möglich, die Phasen II und III zusammenzulegen, ohne Sicherheitsverluste hinnehmen zu müssen“, sagt Dehmer.

Beim BGE setzt man aber auch auf technische Entwicklungen. So sei für die Erkundung der Gesteinsformationen kein teurer und aufwändiger Bau eines Bergwerks mehr nötig. Auch kleinere Bohrungen würden schon umfangreiche Ergebnisse produzieren.

Mit Erdmagnetfeldmessungen, bei denen Hubschrauber in engen Bahnen mit einer Messsonde über den Boden fliegen, kann ebenfalls Zeit und Geld gespart werden. Insgesamt, meint Deh-

mer, könne man wohl ein paar Jahrzehnte bei der Suche einsparen.

Im zuständigen Bundesumweltministerium (BMUV) begrüßt man die Vorschläge. Man werde sich nun mit den Experten, den Bundesländern und den Beteiligungsgremien austauschen, kündigt ein Sprecher an. „Das BMUV hat in den vergangenen Monaten wiederholt klar gestellt, dass es machbar und notwendig ist, bis Mitte des Jahrhunderts einen Standort auszuwählen.“

### Im Koalitionsvertrag steht kein Wort zur Endlagersuche

Doch folgt die Politik den Vorschlägen der BGE für schlankere Beteiligungsver-

fahren und Klagemöglichkeiten, die eigentlich die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen sollen, bräuchte es eine Anpassung des Standortauswahlgesetzes. Im Koalitionsvertrag von Union und SPD findet sich dazu jedoch kein Wort.

Doch die künftigen Koalitionäre scheinen sich in der Sache einig: „In dieser Legislaturperiode müssen die Weichen gestellt werden, damit nach Abschluss der ersten Phase auch gesetzliche Anpassungen im Standortauswahlgesetz vorbereitet werden können“, sagt SPD-Politiker Blankenburg.

Ähnlich äußert sich die CDU-Politikerin Weisgerber. Es stehe außer Zwei-

fel, dass die Suche nach einem Endlager beschleunigt werden müsse. Eine Hängepartie dürfe es nicht geben. „Das ist nicht nur teuer, sondern sorgt auch bei den aktuellen Zwischenlagergemeinden für viel Verunsicherung.“

Auch Dagmar Dehmer warnt vor einer zu langen Suche: „Die Zeit wird irgendwann auch zum Sicherheitsfaktor“, sagt sie und verweist auf die Sicherheit in den Zwischenlagern. Vor allem aber könne in zunehmend kriegerischen Zeiten die politische Stabilität abnehmen. 27.000 Kubikmeter Atommüll sollten besser nicht in die falschen Hände geraten.

Wörter:	813	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Felix Hackenbruch	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	PLUS	Visits (VpD):	1.242.860 <sup>1</sup>
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD):	219.000 <sup>2</sup>
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	<a href="https://www.tagesspiegel.de/politik/die-lange-suche-nach-dem-atomendlager-ein-problem-das-sich-erst-in-1000000-jahren-lost-13580803.html">https://www.tagesspiegel.de/politik/die-lange-suche-nach-dem-atomendlager-ein-problem-das-sich-erst-in-1000000-jahren-lost-13580803.html</a>		

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 04-2024

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

## Die geheimen Hallen von Lubmin

Nahe dem alten Atomkraftwerk sind immer noch 1000 Rohre deponiert, die Nord Stream 1 und 2 gehören. Was wird aus dem wertvollen Material?

Es ist kaum bekannt: Im Industriepark Lubmin sind nahe dem alten Atomkraftwerk immer noch 1000 Rohre deponiert, die Nord Stream 1 und 2 gehören. Sie gelten als Voraussetzung, um die Ostsee-Pipelines irgendwann zu reparieren. Was wird aus dem wertvollen Material?

Es sind zwei unscheinbare Hallen im Gewerbegebiet nahe dem alten Atomkraftwerk von Lubmin: Weißes Wellblech, Flachbau, etwa 60 Meter lang und 20 Meter breit sind die Bauten. Umgeben sind sie mit einem grünen Zaun. Die Schilder, die einst auf die Eigentümer hinwiesen - längst entfernt.

Doch die Hallen gehören immer noch dem russischen Energie-Riesen Gazprom. Mitarbeiter sind hier selten zu sehen. Doch was im Innern lagert, hat weltpolitische Bedeutung: Fast 1000 Rohre, die Voraussetzung sind, um die Ostsee-Pipelines Nord Stream 1 und 2 reparieren zu können.

„Das Material hat einen hohen Wert“, sagt ein Insider der OZ. Denn wer die Rohre hat, besitzt den Rohstoff, um die im September 2022 mutmaßlich von einem ukrainischen Kommando gesprengten Stränge der Ostsee-Pipelines (nur einer der vier ist noch intakt) schnell zu reparieren.

„Die Zahl der Rohre müsste für die zerstörten Bereiche der Leitungen ungefähr reichen“, schätzt der Experte ein. Eventuell müssten einige neu hergestellt werden. Aber eine zeitaufwändige, große und teure Nachproduktion entfallt, wenn man die Rohre hat. Noch sind die Unternehmen Nord Stream 1 und Nord Stream 2, Töchter des russischen Staatskonzerns Gazprom, im Besitz der Rohre, bestätigt Nord-Stream-Anwalt Hans-Peter Huber der OZ.

Doch gegen Nord Stream 2 läuft bereits seit Monaten ein Insolvenzverfahren. Die Firma bekam vom zuständigen

Schweizer Kantonsgericht nochmal bis 9. Mai Aufschub, um ihre Schulden zu begleichen.

Inzwischen schwinde die Hoffnung, den Bankrott abwenden zu können, sagt Jurist Huber. Knackpunkt sei dabei auch das Nord-Stream-Konto bei der Sparkasse Vorpommern, von dem aus die Gazprom-Tochter ihre Kleingläubiger bezahlen will.

Dort liegen etwa 70 Millionen Euro von Nord Stream. Die Bank hat das Konto aber gesperrt, führt aus Sorge vor US-Sanktionen nicht die Überweisungen aus, die Nord Stream 2 für die Schuldner in Auftrag gegeben hat, betont Huber.

Die Sparkasse bestätigt das. Nord Stream klagt dagegen vor dem Oberlandesgericht Rostock. Doch vor Anfang Juni dürfte es keinen Verhandlungstermin geben, denn so lange hat das Gericht der Sparkasse Zeit gegeben, sich zum Sachverhalt zu äußern. Bis dahin könnte Nord Stream 2 schon pleite sein. Dann würden die etwa 500 Rohre, die Nord Stream 2 gehören, in die Insolvenzmasse gehen und wahrscheinlich meistbietend versteigert.

Die etwa 500 Rohre im Besitz von Nord Stream 1 wären (noch) nicht betroffen, da es gegen das Unternehmen bislang kein Insolvenzverfahren gibt. Die insgesamt 1000 Rohre sind nach Einschätzung von Insidern etwa 25 Millionen Euro wert. Wie ein Tauchexperte gegenüber der OZ einschätzte, sei die Reparatur der Pipelines technisch relativ ein-

fach, wenn man das nötige Material besitzt.

Zu Beginn der neuen Amtszeit von US-Präsident Donald Trump waren Gerüchte aufgekommen, wonach die USA mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin über eine Reparatur und (Wieder-)Inbetriebnahme der Ostsee-Pipelines verhandelten. Russland soll danach Eigentümer der Pipelines bleiben, US-Konzerne als neue Betreiber auftreten. Bislang gab es dafür keine offizielle Bestätigung und die Pläne rückten etwas in den Hintergrund, da die Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland bislang nicht so verlaufen wie von Trump erhofft. Dennoch wissen sowohl die USA als auch Russland um die Bedeutung der Lubminer Rohre, sollte man die Leitung irgendwann flicken wollen.

Dass es hier um ein politisch hochsensibles Thema geht, ist deutlich zu spüren. Offizielle Antworten von den zuständigen Behörden auf Anfragen zur Zukunft der Rohre gibt es bislang nicht.

Der Lubminer Hafenchef Axel Vogt äußert sich auf Nachfrage nicht. Weder das Bundeswirtschaftsministerium noch die Landesregierung MV beantworten Fragen, ob eine spezielle Sicherung des Materials geplant ist oder ob Russland gar die Auslieferung der Rohre fordert.

Eines ist klar: Heimlich abtransportieren kann man sie nicht, weder zu Lande noch zu Wasser - dafür sind sie viel zu groß und massiv. Es dürfte also spannend werden, was mit den Lubminer

Rohren passiert, die noch immer in zwei  
weißen unscheinbaren Wellblech-Hal-  
len lagern.

Wörter:	719	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Alexander Loew	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	15	Auflage:	17.808 (gedruckt) <sup>1</sup>
Ressort:	Mecklenburg-Vorpommern		21.122 (verkauft) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		21.845 (verbreitet) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,06341 (in Mio) <sup>2</sup>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 01/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2024

## „Zeithorizont von 100 plus x Jahren“

### Initiativen warnen vor Risiken längerer Atommüll-Zwischenlagerung

**Hannover/Gorleben** – Die verlängerte Zwischenlagerung von Atommüll birgt nach Ansicht von Umweltschützern erhöhte Risiken für Menschen und Umwelt. Inzwischen stehe fest, dass die Endlagersuche deutlich länger dauern werde als ursprünglich prognostiziert, erklärten mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen am Mittwoch in Hannover. Dies mache als „Dominoeffekt“ aus einer zunächst auf 40 Jahre angelegten Zwischenlagerung eine Langzeitlagerung. Es sei „mit einem Zeithorizont von 100 plus X Jahren“ zu rechnen.

Die 16 deutschen Zwischenlager wurden für eine Betriebsdauer von 40 Jahren genehmigt. Als erstes verliert das Lager in Gorleben im Jahr 2034 seine

Genehmigung. Mit dem Beginn der Einlagerung von radioaktiven Abfällen in ein noch zu findendes Endlager rechnen Experten nicht vor 2100.

„Die Dauer für die Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle wird sich erheblich verlängern“, sagte Henning Garbers von der Atommüllkonferenz, einem Zusammenschluss von Initiativen an den deutschen Atomstandorten. Gleichzeitig steige die Gefahr militärischer Konflikte in Europa.

Nach den Worten von Helge Bauer von der Anti-Atom-Organisation „ausgestrahlt“ sind die Zwischenlagergebäude und Atommüllbehälter schon

jetzt unzureichend geschützt. Hinzu kämen Unklarheiten über den Zustand des strahlenden Inventars im Innern der Castoren, über die Wirkung des Klimawandels auf die Gebäudesubstanz oder neue Bedrohungslagen.

Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) als Betreiber der Lager dürfe davor „die Augen nicht mehr verschließen“, fügte Bauer an. Sie müsse ihr Regelwerk für die Genehmigung und Sicherheitsüberprüfung von Zwischenlagern auf der Basis des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik aktualisieren.

EPD

Wörter:	238	Jahrgang:	2025
Seite:	9	Ausgabe:	Einzelausgabe
Ressort:	Blick-Norden	Auflage:	10.213 (gedruckt) <sup>1</sup>
Medienkanal:	PRINT		10.878 (verkauft) <sup>1</sup>
Mediengattung:	Tageszeitung		12.709 (verbreitet) <sup>1</sup>
Medientyp:	PRINT	Reichweite:	0,03585 (in Mio) <sup>2</sup>

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide

<sup>1</sup> IVW 4/2024

<sup>2</sup> AGMA ma 2024 Tageszeitungen

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



AG Schacht Konrad

## Forderungspapier zur Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle

23. April 2025 12:44 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Atommüllkonferenz stellt Forderungspapier zur Atommüll-Zwischenlagerung anlässlich des 30. Jahrestages des ersten Castortransportes nach Gorleben vor

Forderungspapier zeigt enorme Defizite im staatlichen Umgang mit Atommüll auf / Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung muss endlich Konzept zur sicheren Lagerung vorlegen ...

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Gotha-Aktuell

## BASE-Info-Mobil zur Endlagersuche macht Station beim Thüringen-Tag in Gotha

23. April 2025 15:28 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) ist auch in diesem Jahr wieder mit seinem Info-Mobil zur Endlagersuche bundesweit unterwegs. ...

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



umweltfairaendern.de

## UPDATE: Verlängerte Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle:

## Atommüllkonferenz stellt Forderungspapier vor

21. April 2025 14:46 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Dirk Seifert 0

Die oberirdische Zwischenlagerung hoch radioaktiver **Atomabfälle** geht in die Verlängerung. Ehemals für einen Zeitraum von 40 Jahren geplant und genehmigt, wird nun ...

---